

Interesses der Actionaire und unter Anwendung der für den Conkurs bestehenden Rechtsnormen auf vorliegenden Fall in folgender veränderter Fassung zur Annahme empfohlen: „daß die auf den Termin Ende März 1848 bis dahin 1849 unberichtigt gebliebenen Zinsen in derselben Gattung vierprocentiger Schuldscheine wie die Actie selbst mit 30 Procent ihres wirklichen Betrags gegen Ablieferung der zu ihrer Erhebung ausgestellten Dividendenscheine binnen einer Präklusivfrist von drei Monaten vom Staatsfiscus bezahlt werden.“ Die Debatte über den Gegenstand war sehr lebhaft. Angefochten wurde das Unternehmen von mehreren Seiten, namentlich von den Abgg. v. Herder und Kiedel, wogegen es in dem Abg. Buhl und dem Vicepräsidenten Kammern, auch in dem Abg. Mehnert vom finanziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus warme Vertheidiger fand. Andere, wie Dufour-Feronce, betrachteten es als eine vollendete Thatsache, als ein unvermeidliches Uebel, wogegen der Abg. Poppe hauptsächlich Billigkeitsrücksichten vorwalten ließ. Indes gelangte weder der Beschluß der zweiten Kammer unbedingt, noch der Ausschussantrag zur Annahme, sondern der erstere nur mit einem vermittelnden Zusatzantrag des Vicepräsidenten Schenk, so daß der betreffende Beschluß d. d. der zweiten Kammer nun folgende Fassung erhalten hat: „daß aus den von dem Staatsfiscus mit zu übernehmenden Passiven die auf den Termin Ende März 1848, so wie von da weiter ab sistirt gebliebenen Zinsen an die Actionaire ausgehoben werden und Letzteren zur Contractbedingung gemacht wird, die Coupons der auf den Termin von Ende März 1848 sistirt gebliebenen Zinsen zugleich mit den Actien einzuliefern, oder dasfern die Actionaire nicht mehr in dem Besitz der Coupons sich befinden sollten, 30 Procent des Betrags derselben baar einzuzahlen, damit selbige durch Vermittelung der Staatsregierung an die binnen einer zu setzenden Präklusivfrist hierzu aufzufordernden Inhaber jener ausgehoben werden.“ Der Ausschussantrag, der übrigens im Fall der Annahme die Steuerpflichtigen mit einer Summe von 57,651 Thlr. mehr belastet haben würde, war mit 26 gegen 17 Stimmen abgeworfen worden. Die übrigen Beschlüsse der zweiten Kammer wurden alsdann einstimmig und ohne besondere Debatte angenommen, und mit dem Schenk'schen Antrage erklärte sich auch die Staatsregierung einverstanden.

Ein Blick auf die deutschen Zustände.

Seitdem die preussische Regierung nachgelassen hat, auf die Verwirklichung des engeren Bundes im bisherigen Umfange vollen Fluges loszusteuern, werfen ihre bisherigen unbedingten Anhänger unter uns nicht nur das Vertrauen gegen dieselbe von sich, sondern lassen sich sogar zu den leidenschaftlichsten Urtheilen über dieselbe hinreißen, und, gegen Oestreich ohnehin blind eingenommen, stehen sie ohne allen Halt für die Zukunft da. Ebenso wie es in der Politik nicht gut ist, seinen Erwartungen und Ansprüchen sanguinischen Spielraum zu gönnen, ebenso ist es nicht gut, einen Verbündeten wie Preußen gleich vollständig über Bord zu werfen, wenn er, gegebenen, wiewohl verkanteten Verhältnissen Rechnung tragend, denn doch vorzieht, lieber einzulenken, als einen deutschen Bürgerkrieg, wo nicht gar einen allgemeinen europäischen Brand zu entzünden.

Es handelt sich jetzt darum, zu verhüten, daß man wegen der Reglerung nicht auch mit dem preussischen Volke breche, mit welchem Hand in Hand mit übrigen Deutschen, von der Ostsee bis zum adriatischen Meer, ein einiges mächtiges Deutschland herstellen müssen. Wir haben jetzt zwei Jahre lang versucht, auf dem Wege der parlamentarischen Verhandlungen und diplomatischen Negotiationen etwas Haltbares zu Stande zu bringen und gesehen, daß man so nur beschriebenes Papier fertig bringt, dessen Anerkennung hier gar nicht zu erlangen gewesen, dort erlangt und wieder verweigert wurde. Schuld daran ist der unglückselige Doctrinarismus mit seiner Principienreiterei, sowohl à la Ruge wie à la Mantoufel, der, von lauter Skorie der abstracten Vernunft und der Geschichte und Bestimmung Preußens umschwebt, eine Fülle von Nebelbildern, aber nicht die Dinge in ihrer practischen Bedeutung als Bedürfnisse zu sehen vermag. Wir haben seit zwei Jahren über die Wägen Staatsverfassungslehre getrieben und damit eine Menge wildes Fleisch in den Köpfen und Besessen erzeugt und sehen uns jetzt in der Hauptaufgabe, die Einheit Deutschlands zu erzielen, weiter vom Punkte, denn zur Zeit des schmählichen Bundesstags. Um aber das Ziel zu erreichen, helfen uns Reichsverfassung und Grundrechte allein nichts, und wären sie noch so

vorteilhaft; sondern die lebendige Erkenntniß zweier Dinge thut uns vor allem Andern Noth. Diese sind folgende:

Erstens, die Einsicht, daß Oestreich gezwungen ist, sich mit seiner ganzen Macht dem übrigen Deutschland möglichst innig anzuschließen, weil es durch seine deutsche Bevölkerung allein auf die Dauer nicht stark genug ist, dem sich fort und fort erneuernden Andrängen des Slavismus, Magyarisismus und Italismus zu widerstehen. Siegt aber der zunächst zu fürchtende Slavismus einmal über Oestreich, so ist Mähren, Böhmen nebst Districten von Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenland verloren. Sieht er erst dort fest, so kommt die Reihe an Oberschlesien, Posen und einen beträchtlichen Theil Westpreußens. Alsdann liegen das Erzherzogthum Oestreich, Niederschlesien und die preussischen Ostseeprovinzen wie Bungen in das von Slaven beherrschte Gebiet hineingestreckt und werden, von drei Seiten umstellt, über kurz oder lang abgebunden werden. Also liegt es auf der Hand, wie dringende Ursache Oestreich habe, seine deutschen Kräfte durch Verbindung mit dem übrigen Deutschland zu stärken und wie sehr es Deutschland darum zu thun sein müsse, Oestreich und sich selbst gegen die in der Zukunft liegenden Gefahren zu sichern. Ferner ist es dem Unbefangenen leicht, einzusehen, daß der östreichische Staatsjesuitismus, vor dem man sich nach früheren Erfahrungen sehr zu hüten Ursache hat, durch die Folgen seiner eigenen Politik so in die Enge gerathen ist, daß er pater peccavi! zu Deutschland sagen und bei ihm Hilfe suchen muß. Ist doch selbst Graf Leo Thun, der frühere Führer der Czechen, zu der Einsicht der Nothwendigkeit der Stützung des Hauses Habsburg durch die Deutschen gekommen, um den östreichischen Staat nicht der Gefahr einer inneren Zersekung Preis zu geben.

Und was bietet Oestreich für ein Band, um das Verhältniß zu Deutschland ferner zu erhalten und fester zu knüpfen? Zoll- und Handelseinheit seines ganzen Staatscomplexes (mit Ausnahme der Lombardei), mit Deutschland und gleiche Vertreterzahl mit Preußen in dem deutschen Parlament, — ist die Antwort. Das ist der zweite Punct. Nun frage ich, giebt es ein practisches Mittel für Deutschland, auf Oestreichs Völker und Staatsmänner den Einfluß seiner Nationalität und Cultur zu üben, als das, welches in diesen beiden Puncten liegt? Schon das erste würde in Verbindung mit der sich von selbst verstehenden Freizügigkeit hinreichend sein, dem Einfluß des deutschen Elements so festen Boden in Oestreich zu sichern, daß dieses auf's Engste Hand in Hand mit Deutschland gehen muß. Indessen ich weiß, daß vielen Gebildeten der Gedanke sogar anstößig ist, daß auf Grundlage der „materiellen Interessen“ die Einheit Deutschlands mit Oestreich errichtet werden soll. Man frage sich aber doch einfach, ob denn nicht die materiellen Interessen die Grundbedingung und zugleich die nachhaltigste Stütze der Bildung der Völker sind, vorausgesetzt, daß man von den irdischen Gütern einen, wahrer sittlicher und Verstandesbildung auch entsprechenden Gebrauch macht? Hängt nicht Wohl und Wehe jedes Einzelnen, jeder Familie, jeder Dorfgemeinde, und dann durch alle Corporationen durch, bis zum ganzen Staat hinauf, wesentlich von dem Zustande der materiellen Interessen ab? Aber das Gefühl des gebildeten Deutschen empört sich ferner darüber, daß Slowaken, Jazzygen, Rumänen, Russen, Croaten, Polacken u. im deutschen Parlamente ein Wort mit zu reden haben sollen. Genehm ist auch mir das keineswegs. Wenn ich mir aber die Aussicht in eine drohende Zukunft für Deutschland vergegenwärtige, so wähle ich, wie es die Engländer und Nordamerikaner in gleicher Lage auch thun würden, lieber unter zwei Uebeln das kleinere — besonders wenn ich erwäge, daß dies in Verbindung mit dem deutsch-östreichischen Zoll- und Handelsvereine der sicherste Weg ist, das deutsche Element und Interesse zur ausgedehntesten und festesten Herrschaft über alle diese östreichischen Völker und Stämme zu bringen — als daß ich Deutschland der drohenden Gefahr inneren Verfalls und Krieges aussetze. Mag Oestreich von den zum guten Theil sehr doctrinären und soweit auch bei uns practisch nur schwer durchführbaren Grundrechten bei sich noch weniger einzuführen das Recht erhalten; darauf kommt es nicht wesentlich an. Die Hauptsache bleibt ein auf gemeinsamer Handels- und Zollgesetzgebung und Parlamentsvertretung gestütztes Schutz- und Trutzbündniß, denn daraus entwickelt sich das Uebel mit der Zeit von selbst.

So ist die Lage des Augenblickes und Deutschland ist abermals in dem Falle, über seine Zukunft Entscheidung zu treffen und damit sie vernünftig ausfalle, ist es nothwendig, daß man sich über die preussischen Unbesonnenheiten und den früheren östreichischen Particularismus vernünftig hinwegsetze, sich in kleinere Uebel flüge, um